

◆ BIBERIST

Spatenstich für den Neubau von zwei Mehrfamilienhäusern



Anwesende Personen am Spatenstich (v.l.n.r.): Christian Meyer und Corrado Palermo (Unica Architektur AG Biberist), Bauherrschaften: Gianni Saccoccio, Marija & Jozo Anic, Ella Büschlen, Béatrice & Peter Pulfer, Gerhard Büschlen, Baumeister Daniel Sterki (Sterki Bau AG Solothurn), Bauherrin Halime Bukoshi sowie Daniel Hugelshofer und Kuno Kohler (Robert Kopp AG Koppigen).

Was lange währt, wird endlich gut. In Biberist erfolgte mit einem feierlichen Spatenstich der Baubeginn für

zwei Wohnhäuser an der Bernstrasse. Die Freude ist umso grösser, weil in den vergangenen 10 Jahren verschie-

dene Bauprojekte auf diesem Areal nicht realisiert werden konnten. Die Überbauung Hagarten wird von der

UNICA Architektur AG realisiert und umfasst zwei Wohnhäuser mit insgesamt 13 stilvollen Wohnungen. Charakteristisch für die attraktiven Fassaden sind die Schiebläden, die vor Sonne und Einsicht schützen sowie riesige Balkone und Terrassen. Ansonsten überzeugen die beiden Mehrfamilienhäuser durch moderne Wohnungsgrundrisse für dreieinhalb bis viereinhalb Zimmer, einen hochwertigen Innenausbau und grosszügige Aussenbereiche. Alle Wohnungen in Haus B erfüllen die Standards für hindernisfreies und invalidengerechtes Wohnen. Bushaltestelle und S-Bahn Solothurn-Bern sind bequem in wenigen Gehminuten zu erreichen. Über die Hälfte der attraktiven Eigentumswohnungen sind bereits verkauft. Die topmodern ausgestatteten Wohnhäuser ermöglichen Jung & Alt ein zeitgemässes Wohnen auf hohem Niveau.

Mirjam Andres
Unica Architektur AG, Biberist

◆ SOLOTHURN-LEBERN

Hintergrundinformationen aus dem Bundesparlament

Die CVP der Amtei Solothurn-Lebern hat eine Tagung mit politischer Information der besonderen Art organisiert. In der Herbstsession des Bundesparlamentes sind Diskussionen und Grundsatzentscheide angestanden, die unser Land für die nächsten Jahrzehnte prägen werden. Der Solothurner Ständerat **Pirmin Bischof** informierte über diese Beschlüsse. Viel interessanter war aber, was er über die Hintergründe der Entscheide sagte und wie im Bundesparlament Mehrheiten gefunden werden.

Die Altersversicherung muss sehr langfristig gesichert werden, damit den Rentnern auch in den kommenden Jahrzehnten AHV und Renten bezahlt werden können. Dazu soll das Rentenalter der Frauen wie bei den Männern bei der AHV auf 65 Jahre erhöht werden. Der Umwandlungssatz der 2. Säule wird gesenkt. Als Ausgleich dafür wird eine leicht höhere AHV ausbezahlt. Das Ziel ist, dass sich auch die heutigen Jungen darauf verlassen können, dass

auch sie im Alter eine gute Rente erhalten.

In der Energiestrategie sind sich im Grundsatz beide Räte einig: Es werden keine neuen Atomkraftwerke mehr gebaut. Uneinig ist man sich aber über die Frage, wie lange die alten am Netz bleiben dürfen. Diskutiert wurde auch, wie man das Energiesparen fördern kann und ob man Heizöl allenfalls noch höher belasten muss, denn trotz aller Sparappelle braucht der Durchschnittsschweizer jedes Jahr mehr Energie.

Ein ebenso harter Brocken wird die Unternehmenssteuerreform III. Auf Druck der OECD und der EU müssen die Steuerprivilegien für Unternehmen in der Schweiz abgebaut werden. Das hätte höhere Steuern für die Firmen zur Folge. Juristische Personen sind aber im Gegensatz zu Privaten jederzeit in der Lage, den Kanton oder das Land zu wechseln – dahin, wo günstigere Angebote vorliegen. Die Schweiz würde in so einem Fall nicht nur Steuern, sondern auch Ar-

beitsplätze verlieren. Die Steuern für Gesellschaften müssen also tief bleiben. Das hat massive Steuerausfälle zur Folge. Der ebenfalls anwesende Landammann und Finanzdirektor Roland Heim schätzte die Verluste für den Kanton Solothurn pro Jahr ohne Ausgleich auf etwa 60 Millionen Franken. Den Gemeinden würde ebenso viel fehlen.

Ständerat Pirmin Bischof spricht von einem knallharten Machtkampf zwischen der OECD und der EU mit der Schweiz. Über 60% der Exporte unseres Landes gehen in die EU. Aber nur etwa 7% der EU-Exporte gehen in die Schweiz. Die EU als Ganzes wäre deshalb bei einem Konflikt viel weniger betroffen und könnte sich ein hartes Vorgehen eher leisten als die Schweiz. Leider würde jene Partei diese Relationen verdrängen, die ständig predigt, dass die EU ein schweizerisches Vorgehen gegen ihre Regeln schon schlucken und die bilateralen Verträge nicht gefährden würde.

Interessant waren die Ausführungen über die Frage, wie in den beiden Räten die Beschlüsse zustande kommen. Im Ständerat werden die Kompromisse in den Kommissionen geschmiedet. Hier versteht man das Wort «Konkordanz» noch in seinem Ursinn, nämlich «Zusammenarbeit zum Wohle aller». Der ebenfalls anwesende Nationalrat Stefan Müller meinte dazu bewusst überspitzt: Der Ständerat realisiert, der Nationalrat schießt ab – vor den Wahlen noch viel mehr als während der normalen Legislatur. Da sind die manchmal völlig unrealistischen Wahlforderungen der Parteien wichtiger als die Sachpolitik. Das verletze unsere demokratischen Traditionen, die bisher unser Land zusammengehalten und Kompromisse ermöglicht haben.

Paul J. Dietschy, Rüttenen